

**Parlamentarischer Abend der Lebenshilfe
am 23. Februar 2010 in Berlin**

Info Nr. 3

Recht auf Inklusive Bildung für Menschen mit geistiger Behinderung

Kaum eine Vorschrift der Behindertenrechtskonvention (BRK) der Vereinten Nationen hat in der Öffentlichkeit so große Aufmerksamkeit erzeugt wie Art. 24 (Bildung).

Besondere Bedeutung kommt Art. 24 Abs. 2 a zu, der die Vertragsstaaten dazu verpflichtet sicherzustellen, „*dass Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführenden Schulen ausgeschlossen werden.*“

Alle Kultusministerien der Länder sind an diese Kernaussage der Konvention gebunden.

Dem Menschenrecht auf inklusive Bildung kann nicht entgegengehalten werden, dass der Bereich der Bildung in die Gesetzgebungszuständigkeit der Bundesländer fällt, denn die Behindertenrechtskonvention gilt nach Art. 4 Abs. 5 BRK „ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaats.“ Im Übrigen hat die ständige Vertragskommission der Länder bereits im Februar 2007 ohne Gegenstimme gegenüber der Bundesregierung erklärt, dass die Bundesländer keine Bedenken gegen die Zeichnung der Konvention geäußert haben.

Alle Landesschulgesetze müssen deshalb darauf überprüft werden, ob sie mit den Zielen des Rechts auf Inklusive Bildung übereinstimmen.

Die Bundesregierung hat zur Behindertenrechtskonvention eine *Denkschrift* veröffentlicht, in der sie einschränkend erklärt, dass „Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen integrativer Bildung allgemeine Schulen besuchen sollen, *wenn* dort die notwendige sonderpädagogische und sächliche Unterstützung sowie die räumlichen Voraussetzungen gewährleistet sind.“

Dieser Bewertung ist zu widersprechen. Sie kann sich zwar auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1997 stützen (BVerfGE 96, 305 f.). Dieses Urteil ist jedoch noch zu einer Zeit ergangen, als Art. 24 BRK oder eine vergleichbare gesetzliche Verpflichtung im Deutschen Recht noch nicht bestand.

Das Recht auf inklusive Bildung in der BRK zwingt nicht dazu, *Förderschulen* zu schließen. Es vermittelt den Eltern aber das *Wahlrecht*, alternativ zum Besuch einer Förderschule für die Aufnahme in eine Regelschule zu votieren.

Wie der „unentgeltliche und obligatorische Grundschulunterricht“ organisiert wird, lässt die Behindertenrechtskonvention offen. Sie verpflichtet allerdings dazu, „Menschen mit Behinderungen Zugang zu einem *inklusive, hochwertigen und unentgeltlichen* Unterricht“ zu verschaffen und „angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen“ zu treffen.

Nach den Erkenntnissen der Bundesvereinigung Lebenshilfe erfüllen viele Regelschulen noch nicht die in Art. 24 BRK geforderten Voraussetzungen zur Verwirklichung des Rechts auf inklusive Bildung. Das dazu erforderliche pädagogische Personal wird bisher überwiegend an Förderschulen eingesetzt, denn nur etwa 15 % aller behinderten Kinder in Deutschland besuchen Regelschulen.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe fordert deshalb, nicht nur die Regelschulen so auszustatten, dass sie dem besonderen Förderbedarf behinderter Kinder Rechnung tragen können, sondern plädiert dafür, es auch den Förderschulen zu ermöglichen, sich unter Einhaltung der in Art. 24 beschriebenen Bedingungen in Regelschulen umzuwandeln und für behinderte und nichtbehinderte Kinder zu öffnen.

Entscheidend ist, dass sich das gesamte Schulsystem an den Prinzipien der inklusiven Bildung orientiert!

Können die Bundesländer den Zeitpunkt zur Umstellung des Schulsystems für behinderte Kinder und Jugendliche frei bestimmen?

Einige Kultusminister der Länder vertreten die Auffassung, dass sich Deutschland mit der Umsetzung des Art. 24 BRK Zeit lassen kann. Das Recht auf Bildung sei ein kulturelles Recht, das gem. Art. 4 Abs. 2 BRK nur nach und nach und unter Ausschöpfung der verfügbaren Mittel umgesetzt werden müsse.

Diesem Rechtsstandpunkt ist jedenfalls dann zu widersprechen, wenn die Weigerung einer Schulbehörde, ein behindertes Kind in die Regelschule aufzunehmen, den in der BRK sehr weit gefassten Tatbestand der *Diskriminierung* erfüllt. Die Beseitigung und Bekämpfung *jeder Form von Diskriminierung* behinderter Menschen (Art. 5 BRK) duldet nach dem Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention keinen Aufschub!

Die Frage, ob ein Fall von Diskriminierung vorliegt, ist nicht nach deutschem Schulrecht, sondern nach dem Völkerrecht zu entscheiden (Art. 4 Abs. 2 BRK) und unterliegt der Kontrolle durch die deutsche Gerichtsbarkeit.

Das Schulrecht aller Bundesländer muss darauf überprüft werden, ob es behinderten Kindern und Jugendlichen inklusive Bildung gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen ermöglicht. Ist dies für bestimmte Gruppen von Schülern mit Behinderungen nicht der Fall, muss das Schulrecht des jeweiligen Bundeslandes den Erfordernissen des Art. 24 BRK angepasst werden.

Der Zeitrahmen für diesen Veränderungsprozess ist eng, denn bereits im März 2011 – zwei Jahre nach der Registration der von der Bundesregierung bei den Vereinten Nationen eingereichten Ratifikationsurkunde – muss die Bundesregierung berichten, welche Maßnahmen sie zur Umsetzung der BRK getroffen hat. Die Bundesländer sind nach dem Grundsatz des bundestreuen Verhaltens verpflichtet, daran mitzuwirken, dass Deutschland seine völkerrechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der Behindertenrechtskonvention ergeben, erfüllt. Sie sollten deshalb sofort damit beginnen, ihr Schulrecht so zu verändern, dass es den Erfordernissen des Art. 24 BRK genügt.